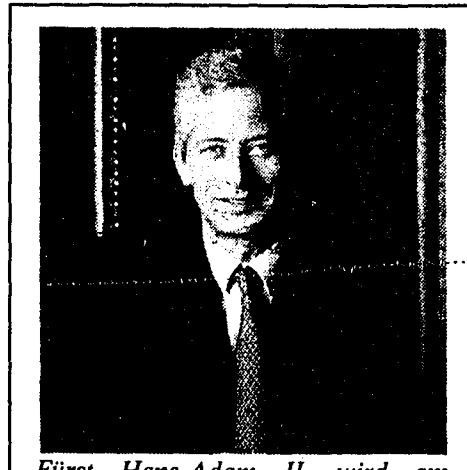


# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.



Fürst Hans-Adam II. wird am 12. Mai den Landtag eröffnen.

## Landtagseröffnung am 12. Mai

(paf) - Die erste Sitzungsperiode des neu gewählten Landtages wird am Mittwoch, 12. Mai, durch Seine Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein im alten Landtagssaal im Regierungsgebäude eröffnet.

Im Mittelpunkt der um 10 Uhr beginnenden Eröffnungssitzung steht die Ansprache des liechtensteinischen Staatsoberhauptes sowie die Vereidigung der Landtagsmitglieder. Im Anschluss daran wird der Alterspräsident zu den Landtagsabgeordneten sprechen. Im Verlauf der Eröffnungssitzung werden der Landtagspräsident, der Landtagsvizepräsident und die Schriftführer sowie die Finanzkommission, die Geschäftsprüfungskommission und die Aussenpolitische Kommission gewählt.

## Die Arbeitnehmer sind Grundlage des Erfolgs unserer Wirtschaft

Ein Beitrag des designierten neuen Regierungschefs Markus Büchel zum morgigen Tag der Arbeit

Unsere Arbeitsplätze hängen vom Erfolg unserer Wirtschaft ab. Es ist deshalb oberstes Gebot, unsere günstigen Bedingungen auch bei wirtschaftlichen Umbrüchen in Europa beizubehalten. Den Arbeitslosen muss direkt und insbesondere auf Basis von Eigeninitiative (LANV) geholfen werden. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsplatz muss rechtlich verankert werden.

Die Situation der Arbeitnehmer in unserem Land verlangt mehr Augenmerk als in früheren Jahren. Am blauen Himmel sind Wölklein aufgezogen. Die Arbeitslosenzahlen, die in den letzten Jahren die Zehnermarke kaum je überschritten, sind dieses Jahr dreistellig. Ende März 1993 waren 201 Arbeitslose und 34 Stellensuchende gemeldet. Dazu kommen 118 angegebene Kurzarbeiter. Nicht zu übersehen ist auch, dass im vergangenen Jahr per Saldo etwa 300 Grenzgänger ihre Stelle in Liechtenstein aufgaben, was teilweise mit dem Abbau von Arbeitsplätzen verbunden war.

### Der Erfolg unserer Wirtschaft ist ausschlaggebend

Die Attraktivität und Sicherheit unserer Arbeitsplätze hängt allein vom Erfolg unserer Wirtschaft ab. Der Arbeitnehmer ist die Grundlage dieses Erfolges. Nur basierend auf seinem Einsatz und seiner andauernden Leistungsbereitschaft und auch seines Kooperationswillens bei wichtigen Entscheidungen können Unternehmen erfolgreich geführt werden. Für die Leistungen unserer Wirtschaft sind alle Sektoren wichtig. Nur die Vielfalt markiert Arbeitsplätze,

in denen sich die besonderen Fähigkeiten des einzelnen voll entfalten können. Die Politik unseres Landes muss deshalb konstant darauf abzielen, die Rahmenbedingungen für die Industrie, das Gewerbe und den Finanzdienstleistungssektor zu optimieren. Daneben muss die Landwirtschaft auch bei sich ändernden Konzepten (Direktzahlungen) ihre wichtige Funktion weiterhin erfüllen können.

### Wirtschaftlicher Umbruch verlangt Einbezug aller Kräfte

Wir befinden uns in einer Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs. Die grossen Industrieländer Europas und damit genauso das erfolgsverwöhnte Deutschland stehen vor grossen Umstellungen. Im Gang ist eine Reform der Strukturen, was bedeutet, dass alte Industrie- und Erwerbszweige verschwinden. Ohne einen Abbau von Arbeitsplätzen ist eine solche Strukturgesundheit nicht zu realisieren. Die liechtensteinische Wirtschaft steht insgesamt nicht vor so grossen Strukturproblemen. Wir sind in der angenehmen Lage, jetzt aus einer starken Position heraus Vorbeugungsmassnahmen zu treffen. Unser Ziel muss deshalb sein, unter Einbezug aller Kräfte der Industrie des Gewerbes, der Banken und Treuhänder den Erfolg unserer Wirtschaft beizubehalten und zu unterstützen.

### Betroffenen Arbeitnehmern direkt helfen

Die im Vergleich gute Lage am liechtensteinischen Arbeitsmarkt darf uns die Situation der Arbeitslosen nicht verges-



«Die Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsplatz muss rechtlich verankert werden»: Markus Büchel, designierter neuer Regierungschef. (Bild: R. Korner)

sen lassen. Bei meiner Tätigkeit am Amt für Volkswirtschaft habe ich miterlebt, dass auch gute Berufsleute ihre Stelle verlieren können. Für die Wiedereingliederung und Beschäftigung von Arbeitslosen ist vor allem unbürokratische Hilfe notwendig. Eigeninitiativen wie sie der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) mit seinen Sektionen darstellt, müssen im Zusammenwirken auch mit den Arbeitgeberverbänden gefördert und verstärkt werden.

### Gleichberechtigung nicht aus dem Auge verlieren

Eine der wichtigsten neuen Aufgaben

des Arbeitsrechts ist die Verwirklichung der Gleichbehandlung von Mann und Frau. Die EWR-Anpassungen haben bereits das Gebot von gleichem Lohn bei gleicher Arbeit eingeführt. Ein weiterer Schritt, im Zuge des EWR mit zeitlicher Verzögerung geplant, ist das Benachteiligungsverbot. Beide Vorschriften halten die Arbeitgeber dazu an, Männern und Frauen dieselben Erfolgschancen einzuräumen. Sie fördern Menschenkenne und Flexibilität, decken nicht mehr als den europäischen Standard ab und tragen dank modernen, leistungsorientierten Zielsetzungen zum Erfolg unserer Wirtschaft bei.

## Das Volk hat verfassungsmässig garantiertes Mitbestimmungsrecht

Beschäftigungsgrad der Regierungsräte: Zwei Kompromissangebote der FBP - Entscheidung liegt nun bei VU

(M.) - Zwei Kompromissangebote hat die FBP der VU hinsichtlich der Erhöhung des Beschäftigungsgrades der nebenamtlichen Regierungsmitglieder auf den Tisch gelegt. Für die FBP ist klar, dass in dieser Frage letztlich das Volk gemäss dem ihr in der Verfassung garantierten Recht (Artikel 66) das letzte Wort haben muss. Die Entscheidung liegt nun bei der VU, die gemäss ihrem Präsidenten zwar für sich in Anspruch nimmt, einen «bürgerfreundlicheren Vorschlag» zu machen, letztlich aber bisher offenbar nicht gewillt ist, diesen Vorschlag dem Bürger auch tatsächlich vorzulegen.

Zur Erinnerung: Am 19. April legten beide Verhandlungsdelegationen ihren Partei-Landesvorstand-Gremien den 16 Punkte enthaltenden Entwurf der Koalitionsvereinbarung vor. Einziger strittiger Punkt: Die von der VU gewünschte Erhöhung des Beschäftigungsgrades nebenamtlicher Regierungsmitglieder.

### FBP: Kompromiss - VU: Neue Forderung

Beide Seiten - insbesondere auch VU-Präsident Kranz - betonten im Vorfeld der Konsultation ihrer Partei-Gremien, dass der Koalitionsentwurf als Gesamtpaket zu verstehen sei und nicht wieder einzelne Punkte zur Diskussion zu stellen sind.

In Tat und Wahrheit sah dies zwischen FBP und VU äusserst unterschiedlich aus.

Der FBP-Landesausschuss machte sich in einer fünfständigen Sitzung die Mühe, zwei Kompromisse zu erarbeiten, um sie der VU vorzulegen. Zwar äussersten sich einige Mitglieder des Landesausschusses mit dem Koalitions-Gesamtpaket angesichts des FBP-Wahlerfolges unzufrieden. Letztlich aber wurde im Sinne eines positiven Koalitions-Abschlusses der Argumentation der Partei- und Verhandlungsleitung Folge geleistet: Das Gesamtpaket blieb also bei der FBP geschnürt.

Anders die VU: Ganz im Gegensatz zu seinen Ausführungen in der Verhandlungsrunde und in der Öffentlichkeit, achtete VU-Präsident Oswald Kranz das

Gesamtpaket vor dem VU-Landesvorstand alles andere als geschnürt. Anstatt den einzigen strittigen Punkt zur Diskussion stellen, verkündete er, dass die Freie Liste eine Rotation des Landtagspräsidenten wünsche. Zwar dementierte die FL inzwischen diese Aussage des VU-Präsidenten, die neue Forderung allerdings blieb. Anstatt irgend einen Kompromiss auszuarbeiten, beschränkte sich der VU-Landesvorstand auf eine neue utopische Forderung. Dass unter Vorspielung falscher Tatsachen und Missachtung von eigenen Aussagen, wie dies beim derzeitigen VU-Präsidenten Oswald Kranz der Fall ist, schlecht ein Koalitionsabschluss erzielt werden kann, liegt auf der Hand.

### Die FBP-Kompromissvorschläge

Die FBP, die eine Regierungsreform unter verfassungsmässig garantierter Mitbestimmung des Volkes anstrebt und deshalb ursprünglich für eine vorläufige Beibehaltung des 50prozentigen Beschäftigungsgrades nebenamtlicher Regie-

rungräte war, bietet der VU zwei Kompromisse an.

Einerseits zeigt die FBP die Bereitschaft, einer Erhöhung der Beschäftigung auf zwei Drittel über das bestehende Besoldungsgesetz zuzustimmen. Zum anderen wäre die FBP bereit, der von der VU gewünschten sofortigen Erhöhung auf 80 Prozent zuzustimmen, wobei dieser Punkt dann im Rahmen der Regierungsreform dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden muss.

### Nicht «bürgerfreundlich» genug?

Nach Ansicht von VU-Präsident Oswald Kranz soll der Vorschlag der VU «bürgerfreundlicher, den liechtensteinischen Verhältnissen angepasst und weit kostengünstiger als der Vorschlag der FBP» sein (Vaterland, 27. April 1993). Wenn dieser Vorschlag also bürgerfreundlicher ist, warum denn sträubt sich die VU dagegen, die Bürgerinnen und Bürger darüber selbst entscheiden zu lassen? Ist die VU letztlich doch nicht so

ganz von der «Bürgerfreundlichkeit» ihres Vorschlags überzeugt?

### Kostengünstiger?

Auf den ersten Blick mag der VU-Vorschlag tatsächlich als kostengünstiger erscheinen. Allerdings: Wenn ein Regierungsrat praktisch im Vollamt tätig ist, ist er auf entsprechende Zu- und Mitarbeiter angewiesen. Ohne Sekretär(in) beispielsweise, müsste der vollamtliche Regierungsrat die ganzen Schreibarbeiten selber erledigen. Ist es wirklich sinnvoll, Gehälter für vollamtliche Regierungsräte zu bezahlen, damit diese Arbeiten erledigen, welche Bürohilfskräften anstehen?

Es erscheint zumindest der FBP der «bürgerfreundlicher» weil ehrlichere Weg zu sein, den Bürgern im Rahmen der Regierungsreform das gesamte Ausmass darzulegen und nicht nach der bekannten Scheibchenmethode vorzugehen: Zuerst vollamtlicher Regierungsrat, dann ein Ressortmitarbeiter, später eine Sekretariatsstelle.

## FBP sucht in erster Linie grosse Koalition

Schreiben von FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer an VU-Präsident Oswald Kranz

Nachdem die FBP die letzte Verhandlungsrunde mit der VU beendet hatte, ohne einen weiteren Termin für eine neue Verhandlung abzumachen, gab es Verwirrung in der Bevölkerung, weil diese Haltung verschieden interpretiert wurde. In einem Schreiben an VU-Präsident Oswald Kranz verdeutlicht FBP-Parteipräsident Dr. Hansjörg Marxer nochmals die FBP-Kompromissvorschläge und gibt zu verstehen, dass die Zeit für eine Entscheidung drängt.

Die FBP hatte vom Landesausschuss ein klares Verhandlungsmandat erhalten. Der FBP-Landesausschuss zeigte sich nach eingehender Erörterung des vorliegenden Koalitionspakets damit einverstanden und vor allem damit, dass der Koalitionsentwurf als ein Gesamtpaket zu betrachten sei,

bei dem nicht einzelne Fragen herausgezupft werden könnten. Die VU interpretierte dies anders und brachte das Rotationsprinzip für das Landtagspräsidium ins Spiel.

FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer übergab gestern dem VU-Präsidenten ein offizielles Schreiben, in dem die Haltung der FBP unmissverständlich dargelegt wurde. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

«Sehr geehrter Herr Präsident, ich möchte Ihnen auf diesem Weg meine abschliessende Aussage vom Freitag in Erinnerung rufen: Die FBP sucht in erster Linie eine grosse Koalition und bietet der VU in der Frage des Beschäftigungsgrades der Regierungsräte zwei mögliche Kompromissvorschläge an. Wir stehen nach wie vor hinter dem Gesamtpaket und hal-

ten unsere Kompromissvorschläge grundsätzlich aufrecht. Da jedoch die Zeit wegen der baldigen Eröffnung des Landtages drängt, muss ich Sie doch bitten, uns bis Montag, den 3. Mai, 12.00 Uhr zu antworten, ob Sie unser letztes Angebot annehmen können.

Falls dies nicht der Fall sein sollte oder bis zu diesem Zeitpunkt keine Antwort Ihrerseits vorliegt, müssen wir davon ausgehen, dass die Verhandlungen gescheitert sind.

Mit freundlichen Grüssen  
Dr. Hansjörg Marxer, FBP-Präsident»

FBP-Fraktion und Präsidium haben sich am Donnerstagabend erneut zu einer Sitzung getroffen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Der FBP-Landesausschuss trifft sich am Montag zu einer Besprechung.

## Umwelt: Töpfer dämpft Erwartungen

Luzern (AP) Die Umweltminister haben Forderungen nach einem «Marshall-Plan» und speziellen Hilfsfonds zur ökologischen Sanierung der Oststaaten abgelehnt. Wie am Donnerstag in Luzern weiter bekanntgegeben wurde, besteht Uneinigkeit über die Zukunft der Atomkraftwerke in Osteuropa. Unklar ist auch, wer die politische Steuerung von Hilfsprogrammen übernehmen soll.

Die ökologische Sanierung der Oststaaten müsse sich unmittelbar integrieren in den wirtschaftlichen Aufbau, sagte Töpfer, der die Gespräche geleitet hatte. Er dämpfte die Erwartungen bezüglich westlicher Finanzhilfe. «Forderungen nach einem Marshall-Plan und Hilfsfonds aus den Reihen der Delegationen fanden keine Mehrheit», sagte er. Es habe sich gezeigt, dass die osteuropäischen Staaten viel mehr erwarteten als der Westen überhaupt zu geben imstande sei. Die Gründung neuer Kassen ist laut Töpfer auch gar nicht der zentrale Punkt. Die Wirksamkeit finanzieller und materieller Hilfe sei begrenzt, weil institutionelle und rechtliche Strukturen und Wissen für einen effektiven Einsatz der Mittel zur rechten Zeit am rechten Ort zunächst noch fehlten.

**Auch Wäsche ist unsere Stärke!**  
Grösste Auswahl an Callida Damen-Wäsche

**Modehaus Hannelore**  
Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan